

## Checkliste §§ 13a und 13b ErbStG

### vom Zeitpunkt des Erwerbs bis zum Ablauf der Behaltens- und ggf. Lohnsummenfristen für Erwerbe mit einer Steuerentstehung vor dem 1.07.2016

Stand: 2022

Sachverhalt	Erwerb mit einer Steuerentstehung nach dem 31. 12. 2008 und vor dem 1.07.2016	Erwerb mit einer Steuerentstehung bis zum 31. 12. 2008
Erwerb:	Anzeige innerhalb von drei Monaten, s. § 30 Abs. 1 ErbStG, Ausnahmetatbestand erheblich reduziert, s. im Einzelnen § 30 Abs. 3 ErbStG.	Anzeige innerhalb von drei Monaten, s. § 30 Abs. 1 ErbStG, Ausnahme: s. § 30 Abs. 3 ErbStG.
Anforderung einer Erbschaft- oder Schenkungsteuererklärung durch das „Festsetzung-Finanzamt“, § 35 ErbStG:	Frist mindestens ein Monat Abgabeverpflichtung, § 31 Abs. 1 ErbStG.	Frist mindestens ein Monat Abgabeverpflichtung, § 31 Abs. 1 ErbStG.
Anforderung von Feststellungserklärungen, § 153 BewG durch das „Feststellungs-Finanzamt“:	Erklärung der Werte zur Ermittlung des Bedarfswerts, § 151 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 oder Nr. 3 BewG, sowie der Angaben für Zwecke der Steuerbefreiung bei der Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer („nachrichtliche Werte“).	Erklärung der Werte zur Ermittlung des Bedarfswerts, § 151 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BewG.
Verwaltungsvermögensquote:	Quote ist zu ermitteln, Prüfung, ob eine Option nach § 13a Abs. 8 ErbStG in Betracht kommt. Option: schriftlich, R E 13a.13 ErbStR 2011	Prüfung nicht erforderlich.
Feststellungsbescheide / Einsprüche	Ggf. Einspruch, § 347 AO, gegen die Feststellung, s. auch §§ 154 und 155 BewG, soweit Bedarfswert moniert wird, Einwände gegen die „nachrichtlichen Werte“: Einspruch gegen Festsetzungsbescheid.	Ggf. Einspruch, § 347 AO, gegen die Feststellung, s. auch §§ 154 und 155 BewG.
Behaltensfristen:	<b>fünf</b> Jahre bzw. <b>sieben</b> Jahre bei Optionsverschonung, bei schädlicher Verwendung: rückwirkender Wegfall des Abzugsbetrags, (ggf. anteiliger) Wegfall des Verschonungsabschlags, spezielle Anzeigepflicht nach § 13a Abs. 6 ErbStG: Anzeige innerhalb eines Monats nach schädlicher Verwendung	fünf Jahre, bei schädlicher Verwendung: rückwirkender Wegfall der Steuerbefreiungen („Fallbeil“); allgemeine Anzeigepflicht nach § 153 Abs. 2 AO.
Mindestlohnsumme:	bei mehr als <b>zwanzig</b> Beschäftigten nach fünf Jahren: <b>400 %</b> der Ausgangslohnsumme, nach sieben Jahren: <b>700 %</b> der Ausgangslohnsumme Anzeigepflicht nach § 13a Abs. 6 ErbStG: innerhalb von sechs Monaten nach Unterschreiten der Mindestlohnsumme.	- keine -
Hinweis: Schulden und Las-	bei Zusammenhang mit § 13a ErbStG-begünstigtem Produktivvermögen: Abzugsbegrenzung, § 10 Abs. 6 Satz 4 ErbStG	bei Zusammenhang mit § 13a ErbStG-begünstigtem Betriebsvermögen: volle Abzugsfähigkeit, § 10 Abs. 6 Satz 4

ten:	Beachte: entfallen (anteilig) die Steuerbefreiungen nach §§ 13a und 13b ErbStG kommt ggf. im Rahmen der Änderung nach § 175 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AO nachträglich ein anteiliger Schuldenabzug in Betracht.	ErbStG a. F. bei Zusammenhang mit § 13a ErbStG-begünstigtem LuF-Vermögen und Anteilen an Kapitalgesellschaften: Abzugsbegrenzung, s. § 13a Abs. 6 Satz 5 ErbStG a.F.
Hinweis: Abzugsbetrag versus Steuerbegünstigung nach altem Recht:	kein Ausschluss aufgrund der Gewährung des Freibetrags nach § 13a Abs. 1 ErbStG a. F. innerhalb des Zehnjahreszeitraums.	-